

Entwicklung reloaded

Die ADB bekämpft die Krise mit altbekannten Mitteln

Das NGO-Forum zur ADB¹ reagierte »schockiert« auf die Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank Anfang Mai. Dies sei ein »zynischer Versuch, die gegenwärtige Krise zu nutzen, den verrufenen Entwicklungsansatz großer Infrastrukturprojekte wieder zu fördern.«

Ulrike Bey

Anfang Mai 2009 fand die Jahrestagung der *Asiatischen Entwicklungsbank* (ADB) auf der indonesischen Insel Bali statt. Der Gipfel hatte mit einer Aufstockung des Grundkapitals der ADB von bisher 56 Milliarden US-Dollar auf 165 Milliarden US-Dollar begonnen, um mit einer vermehrten Ausschüttung von Krediten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagieren zu können. Denn nur so könne den ärmsten Ländern Asiens geholfen werden, so die Pressemeldungen, um trotz sinkender Einnahmen durch die Krise die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Bereits im April hatte die Bank in ihrer Analyse »*The Global Economic Crisis: Challenges for Developing Asia and ADB's Response*« angekündigt, ihre Anteile zur Finanzierung laufender Infrastrukturprojekte noch erhöhen und Machbarkeitsanalysen und Bewilligungsprozesse vereinfachen zu wollen.

Auch in neue Infrastrukturprojekte solle mehr Geld fließen und der Privatsektor noch stärker unterstützt werden.

Eine solche Ankündigung löst Alarm aus. Denn gerade die großen Infrastrukturprojekte wie Großstaudämme, Autobahnen, Bewässerungssysteme oder Kraftwerke sind die Projekte, die mit massiven Umsiedlungen und dadurch häufig mit der Verarmung von Gemeinden verbunden sind, bei denen Wälder oder Flusssysteme zerstört werden. Gerade hiervon ist die lokale Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt aber abhängig. Zu viele Beispiele zeugen von unzureichenden oder nicht erfolgten Ausgleichszahlungen und der Zerstörung der Lebensgrundlage.

»Die Bank hat ihre Jahrestagung mit dem Versprechen begonnen, dass »business as usual«, also ein Weitermachen wie bisher, nicht mehr akzeptabel sei«, so Red Constantino, Direktor des NGO-Forums zur ADB, »Ironischerweise macht sie nun genau das:

sie recycelt Ansätze, die in der Vergangenheit nichts gebracht haben und die die gegenwärtigen Probleme der Region nur noch verstärken werden.«

Dass das zusätzliche Geld vor allem in den Privatsektor und in Infrastrukturprojekte investiert werden soll, stimmt mit der *Strategie 2020*, der Langzeitstrategie der Bank bis zum Jahr 2020, überein. Diese war schon bei ihrer Veröffentlichung im vergangenen Jahr für ihren Fokus auf den Privatsektor und auf die Mitteleinkommensländer kritisiert worden. Ärmere Länder und das eigentliche Mandat der ADB zur Bekämpfung der Armut, das sich die ADB für ihre Operationen in Asien und im pazifischen Raum gegeben hat, würden darin vernachlässigt. Vielfach ist bereits nachgewiesen worden, dass genau solche Investitionen nicht den Ärmsten zugute kommen, sondern die bestehenden Ungleichheiten eher verstärken und Nahrungssicherheit, Umwelt oder die Sicherung der Lebensgrundlage gefährden. Zum Beispiel hat der Bau des von der ADB finanzierten Highway One in Kambodscha zur Vertreibung von 1.500 Familien geführt. Diese Familien, so klagen Unterstützerorganisationen wie die kambodschanische Organisation *Conservation and Development*, hätten niemals die nötigen Informationen zu den Details des Projektes, ihre bevorstehende wahrscheinliche Umsiedlung und die ihnen zustehenden Ausgleichszahlungen erhalten.

Mit Krediten der ADB und anderer Geber finanzierte Staudämme in Laos, die das Land zum »Stromgenerator« der Region machen und durch den Stromverkauf Erlöse in die laotischen Staatskasse spülen sollen, zeigen trotz hoher Auflagen für Umwelt- und Sozialstandards Probleme. Eine Studie von *International Rivers* weist nach, dass Bewohner entlang der Flüsse ihre fruchtbaren Böden und Fischereigründe verloren, nicht ausreichende Kompensationen und schlechteres Ersatzland bekommen haben und daher nun viel schlechter gestellt seien als zuvor. Während der Jahrestagung in diesem Jahr stand das geplante West Seti Wasserkraftprojekt in Nepal im Zentrum der Aktionen und Lobby-Aktivitäten von NGOs. Die ADB hält an den Plänen für dieses große Infrastrukturprojekt fest, obwohl die Lebensgrundla-

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Asienhauses in der Burma-Initiative und im Projekt zur ADB.



ge von mindestens 30.000 Menschen betroffen sein wird und das Gebiet als ökologisch sensibel gilt.

Im vergangenen Jahr konnte die ADB-Finanzierung eines weiteren, schon vom Ansatz her, desaströsen Projektes verhindert werden. Das umstrittene Tagebauprojekt Phulbari in Bangladesch, das von einem britischen Unternehmen und der ADB finanziert werden sollte, stieß auf den massiven Widerstand der ansässigen Bevölkerung und hatte auch international eine große Unterstützerbewegung mobilisiert. Über 100.000 Menschen wären, in einem Kerngebiet für die Reisproduktion des Landes betroffen gewesen, von den Auswirkungen auf die Umwelt durch die Kohleförderung ganz zu schweigen. Dank des internationalen Drucks und aufgrund von Widersprüchen im Projektdesign hat sich die ADB aus der geplanten Finanzierung vorerst zurückgezogen.

Festhalten an alten Lösungen

Auch eine von der ADB im Namen der Entwicklung vorangetriebene Politik zur Förderung der Exportproduktion hat nun durch die sinkende Handelsnachfrage ihren Preis. Exportorientierte Staaten haben mit Einbußen zu kämpfen, die *Internationale Arbeitsorganisation* warnt vor dem Verlust von Millionen Arbeitsplätzen und die Zahl der Menschen, die in absolute Armut zurückfallen oder sich aus ihr nicht befreien können.

Was mögen Bäuerinnen und Bauern in Laos oder Papua Neuguinea denken, die riesigen Industriepflanzen zur Papierproduktion oder für den Palmölanbau weichen mussten, wenn sie aus dem Mund von ADB-Generaldirektor Rajat Nag eine späte

Selbsterkenntnis hören: Das ausschließliche Vertrauen in Exportmärkte mag in der Vergangenheit angemessen gewesen sein, für die Zukunft sei es keine Lösung? Doch auch in der Krise hält die ADB am Paradigma des Wirtschaftswachstums, der Infrastrukturentwicklung und der Privatwirtschaftsförderungs als Problemlösung fest.



Highway-One-Projekt: Hier wächst kein Gras mehr!

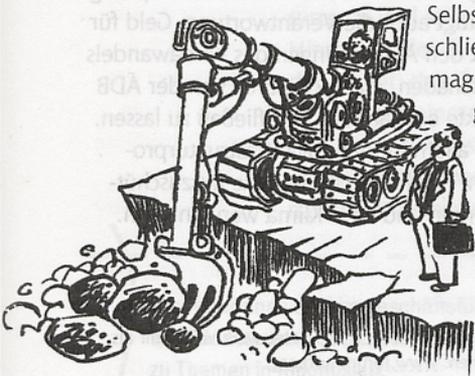
Foto: A. Roul

Legitimationskrise überwunden

Die ADB gilt als einer der wichtigsten Kreditgeber für die Region Asien und Pazifik und vergibt nicht nur zinsgünstige Kredite, sondern profiliert sich mit ihrem Know How und ihrer Expertise als Wissensbank. Mit der Kapitalaufstockung und den zukünftig größeren Kreditausschüttungen scheint die ADB ihre eigene Legitimationskrise von vor wenigen Jahren überwunden zu haben. In den Jahren 1998 bis 2006 betrug die von der ADB vergebenen Kredite jährlich zwischen fünf und sieben Milliarden US-Dollar, zu wenig in den Augen des Bankmanagements, um relevant zu bleiben. Erst in den vergangenen zwei Jahren konnte sie die Vergabe auf über zehn Milliarden US-Dollar aufstocken. Mit den neuen Einlagen soll dies auch langfristig so bleiben.

Hintergrund der ADB-eigenen Krise war die Ansicht vieler Nehmerländer, die Auflagen für die Kreditaufnahme bei der ADB seien zu kompliziert, aufwändig und bürdevoll. Gleichzeitig stiegen die Möglichkeiten, auch auf den freien Kapitalmärkten, Kredite zur Finanzierung großer Infrastrukturprojekte zu erhalten. Damit standen die Bedeutung und das Selbstverständnis der ADB als Entwicklungsbank zur Diskussion. Vorwürfe von zu wenig Transparenz bei der Entscheidungsfindung, mangelhafte Kommunikation zwischen Management und Exekutivvorstand und große Unzufriedenheit der Mitarbeiter hatten noch zur Identitätskrise beigetragen.

Die Bank hatte schließlich mit internen Reformen begonnen. Eine davon ist die Überarbeitung der Umwelt- und Sozialstandards. Diese so genannten *Safeguards* dienen dazu, negative Auswirkungen auf die Umwelt, soziale Kosten für Dritte oder die Marginalisierung von verletzlichen Gruppen zu vermeiden, zu minimieren oder zu lindern, welche aus den Entwicklungsprojekten resultieren. Sie stellen für Projektbetroffene eine Möglichkeit dar, die ADB für die Auswirkungen, der von ihr finanzierten Projekte, auf die



Umwelt und die Menschen zur Verantwortung zu ziehen und Beschwerde einzulegen. Jahrzehntelange Erfahrungen in der Entwicklungspolitik zeigen, dass der Erfolg von Projekten nicht zuletzt von der Einhaltung dieser Standards abhängt. Denn die Kosten für entstandenen Schaden sind häufig weitaus höher als die Kosten für den Schutz der Umwelt und der betroffenen Bevölkerung. Und oft genug tragen diese Kosten die Armen der Region, deren Leben sich eigentlich durch die Projekte verbessern soll.

Analysen, Gutachten und Vergleiche mit den Standards internationaler Finanzinstitutionen weisen den vorliegenden Entwürfen trotz gegenteiliger Versicherungen der ADB-Direktion grundlegende Schwächen nach und machen deutlich, dass die Bank hinter internationalen Standards zurückfällt. Die Ankündigung zu mehr Flexibilität in der Kreditvergabe und den Machbarkeitsstudien im Vorfeld der Projektbewilligung lässt eine weitere Verwässerung der Umwelt- und Sozialstandards befürchten.

Insbesondere der in den Mittelpunkt geschobene Privatsektor steht in der Kritik, die Rechte und Bedürfnisse von Projektbetroffenen und den Umweltschutz zu missachten.

Öffentliche Gelder für Kapitalbeteiligungsgesellschaften?

Ein Bericht des NGO-Forum zur ADB »A Hands-Off Approach to High-Risk Finance in the Midst of the Financial Crisis: Multilateral Development Bank and Export Credit Agency Private Equity Portfolios« warnt vor den Aktivitäten der Bank, Geld in risikoreichen privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften anzulegen. Die zusätzlichen Kredite könnten genau in diese *Private Equity Funds* fließen und dann nicht nur zu Verlusten der Bank führen, sondern auch zu Lasten von Umwelt und armer Bevölkerung gehen. Der Umgang der ADB mit diesen Risiken sei skandalös, meint Stephanie Fried von *Environmental Defense* und Autorin des Berichts.

Die Kapitalbeteiligungsgesellschaften stellen laut Bericht eine Kernkomponente der Privatsektorstrategie der ADB dar. Die Bank hat in fast 40 Kapitalbeteiligungsgesellschaften investiert, die ihren Sitz in Steueroasen mit strengem Bankgeheimnis wie den Cayman-Inseln haben.

Die Gelder befinden sich außerhalb der Reichweite sorgfältiger Prüfungen, sowohl was finanzielle Aspekte betrifft, als auch in Bezug auf die Einflüsse der Investitionen auf Armutsminderung, die Umwelt und Arbeitskräfte. 2008 wurden fünf Investitionen an *Private Equity Funds* vergeben, die 60 bis 80 Projekte im Bereich der »sauberen Energien« bis 2014 umsetzen sollen. Zu diesen »sauberen Energien« zählen laut Stephanie Fried allerdings auch Vorschläge für indonesische Palmölprojekte und andere kontroverse Projekte mit heftigen negativen Auswirkungen auf das Klima.

Die Namen der Kapitalbeteiligungsgesellschaften werden nicht veröffentlicht, ebenso wenig sind Projektdokumente über mögliche soziale- und Umweltauswirkungen zugänglich und Projektbetroffene haben keine Möglichkeit der Einmischung. Selbst die ADB-interne Prüfungsabteilung äußerte sich kritisch, denn beispielsweise seien die Auswirkungen der Entwicklungsprojekte unklar und die Privatsektorabteilung der ADB verfüge kaum über Mechanismen, um die Risiken dieser Investitionen zu lindern.

Unter diesen Gesichtspunkten ist mehr als fraglich, warum öffentliche Mittel für Geldanlagen in Steueroasen für fragwürdige Projekte bereit gestellt werden sollen.

Wirtschaftsförderung für Deutschland

Auch die Anteile Deutschlands in der ADB werden aus Steuermitteln geleistet. Deutschland ist ein wichtiges Mitglied und Anteilseigner der ADB. Sein Beitrag beträgt gezeichnetes Kapital in Höhe von 2,37 Mrd. US\$ und zusätzliche Zahlungen in Sonderfonds von etwa zwei Mrd. US\$. Mit etwa 147 Mio. US\$ beteiligt es sich auch an der Kapitalerhöhung.

Die deutschen Exekutivdirektoren und die parlamentarische Staatssekretärin Karin Kortmann, Gouverneurin der ADB, haben sich innerhalb der Gremien der Bank immer wieder für mehr Regulierungen und starke staatliche Institutionen, Umweltschutz, die Förderung erneuerbarer Energien und die Einhaltung der Umwelt- und Sozialstandards stark gemacht. Dennoch trägt Deutschland den grundsätzlichen Kurs der ADB mit und auch einen großen Nutzen aus seiner Mitgliedschaft. Schon lange ist es kein Geheimnis mehr, dass die Geberländer nicht allein entwicklungspolitischen Zielsetzungen folgen. Mit Vermittlungsverträgen in Höhe von 3,23 Mrd. US\$ von 1967 bis 2007 haben deutsche Unternehmen und Beraterfirmen enorm von der deutschen Mitgliedschaft in der ADB profitiert.

Die Bank sollte die Finanz- und Wirtschaftskrise nutzen, um die Entwicklungsfinanzierung von Grund auf zu überdenken und einen neuen Weg einzuschlagen. Sie sollte in erneuerbare, wirklich nachhaltige Energien und vor allem in die soziale Entwicklung, die Bereiche Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung investieren. Sie trägt auch die Verantwortung, Geld für den Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels und für Umweltschäden, die auch durch von der ADB finanzierte Projekte entstanden sind, fließen zu lassen.

Der Plan, vor allem Kredite für Infrastrukturprojekte wie Straßen, Flughäfen, Kraftwerke auszuschießen, wird den Armen und dem Klima wenig nutzen.

Anmerkung

- 1) Mehr zum NGO-Forum zur ADB, dem Netzwerk von mehr als 250 Organisationen: www.forum-adb.org